

## **Gegen Kriminalisierung von Protest: Aktion gegen Rechts in Erfurt**

**TLZ online 08.11.2011 Katja Dörn**

<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Gegen-Kriminalisierung-von-Protest-Aktion-gegen-Rechts-in-Erfurt-688660979>

Eine durch weißes Absperrband eingerichtete Funkzelle mit nach außen gerichteten Kameras fanden gestern Passanten am Anger vor. Den demokratischen Sektor wollte die Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus des Bürgertisches für Demokratie Erfurt durch ihre Aktion symbolisieren. Erfurt. Jeder außerhalb konnte, imaginär, von aus Pappe gebastelten Kameras überwacht werden. "Wenn wir das nicht machen, habe ich die Befürchtung, dass sich immer mehr Menschen nicht mit Rechtsextremismus auseinandersetzen", erklärte Undine Zachlot von der AG.

Mit der Aktion wollen sie auf die massive Handydatenerfassung aufmerksam machen, die bei der Demonstrationen gegen Rechts im Februar von sächsischen Behörden in Dresden gesammelt wurden. Gegen die Kriminalisierung ihrer Proteste trafen sich Vertreter von Gewerkschaften, Parteien und andere Sympathisanten auf dem Anger.

"Wir wollen dazu einladen, auch das nächste Mal nach Dresden mitzufahren und deutlich machen, dass kein Platz ist für braunen Geist", sagte Linksfraktionschef Bodo Ramelow am Rande der Veranstaltung. Explizit nicht gegen die thüringischen Behörden solle sich die Aktion richten.

## **Albrecht Schröter bekommt "Preis für Zivilcourage"**

**TLZ online 07.11.2011**

<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Albrecht-Schroeter-bekommt-Preis-fuer-Zivilcourage-1191000711>

Jenas Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter (SPD) erhält den diesjährigen "Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus" in Berlin. Der Förderkreis "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" ehrt den Politiker für sein jahrelanges Engagement gegen Neonazismus. Berlin. Im vergangenen Jahr hatte er unter anderem mit 500 Jenaer Bürger eine Sitzblockade in Dresden unterstützt, die dazu beigetragen hatte, dass ein Aufmarsch von Rechtsradikalen nicht stattfinden konnte.

Während der Jenaer OB für sein Engagement in Dresden ausgezeichnet wird, ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zuge der Blockade gegen mehrere Linke-Politiker aus Thüringen, Hessen und Niedersachsen.

Die Preisverleihung findet beim sechsten Spenden-Dinner für den "Raum der Namen" im Holocaust-Denkmal am 17. November in Berlin statt. Die traditionelle Tischrede bei dem gesellschaftlich hoch angesehenen Ereignis hält der Chef der Euro-Gruppe und Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker.

## **Sächsischer Förderpreis: „Extremis-Mus – Sächsisch. Bitter. Geschmacklos.“**

**Netz gegen Nazis 07.11.2011 Von Rupert von Plottnitz\***

<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/saechsischer-foerderpreis-extremis-mus-saechsisch-bitter-geschmacklos-1003>

*Aus den 67 Bewerbungen zum Sächsischen Förderpreis für Demokratie wurden zehn Nominierte ausgewählt. Wir stellen sie vor. Heute: Die Firma Klausels aus Sachsen verkauft "Extremis-Mus - mit dem bitteren sächsischen Beigeschmack". Eine satirische Auseinandersetzung mit einem existenzbedrohenden Problem für viele Initiativen, nicht nur in Sachsen.*

Die Traditionsfirma Klausels aus Löbau ist in der Branche der Fruchtveredelung tätig. Mit Mus kennt man sich hier aus, insbesondere mit Extremis-Mus. Klausels Extremis-Mus ist nach Auskunft des Geschäftsführers Karl Klausel seit vielen Generationen ein nach traditionellem Familienrezept produziertes und erfolgreich vertriebenes Stammprodukt.

Im letzten Jahr kam jedoch von höchster Stelle ein Konkurrenzprodukt auf den Markt - die staatliche Extremismusklausel. Ein Schock für Karl Klausel und den ganzen Betrieb. Binnen eines Jahres wurde der sächsische Mus-Markt durch die staatliche Initiative überschwemmt und viele etablierte und geachtete Betriebe wurden in arge Existenznöte gebracht. Auch die Firma Klausels hat große Umsatzeinbußen hinnehmen müssen. Die Firma Klausels warf aber nicht die Flinte ins Korn, sondern beschloss, sich der Konkurrenz zu stellen. Seitdem macht das kleine Familienunternehmen mit unerschrockener Kritik und kreativen Vermarktungsstrategien auf sich aufmerksam.

Unter dem Slogan "Extremis-Mus - Sächsisch. Bitter. Geschmacklos." hat der kleine Betrieb nun eine Kampagne gestartet um auf unterschiedlichste Weisen den staatlichen Repressionen zu begegnen. Mit Sprüchen wie "Das Mus mit dem faden Beigeschmack!", "Ideal für Ihren Partner! - Nur gegen Unterschrift!" oder "Jetzt noch wertvoller - nach altem Geheimdienstrezept!" preist die Firma Klausels nun beispielsweise intensiv auf Werbeplakaten ihr Extremis-Mus an. Zudem wurde die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erheblich verstärkt. Dabei beschreitet man auch ganz innovative Wege. Auf Facebook kann man sich beispielsweise mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma anfreunden und an Ihren Aktivitäten teilhaben, so etwa mit dem Geschäftsführer Karl Klausel, der Sekretärin Miss Trauen oder Fritz General Verdacht aus dem Lager. Auch der Außenauftritt wurde professionalisiert, so war die Firma Klausel zuletzt zu Gast bei mehreren Messen sowie Fach- und Pressekonferenzen.

Die Kritikpunkte der Firma Klausels sind klar: Die Wiedereinführung der Planwirtschaft, die Aufblähung der staatlichen Verwaltung, die Entmündigung der Konsumentinnen und Konsumenten durch die angestrebte Monopolisierung des Marktes und die Gefährdung der Qualität der angebotenen Produkte wegen staatlicher Restriktionen sind nach Meinung Karl Klausels ein Skandal. "Die Mus-Kunden sind vom Geschmack der staatlichen Extremis-Mus-Klausel angewidert, deswegen die hier gestartete Kampagne, um ihnen zu zeigen, dass es noch andere Mus-Sorten in Sachsen gibt!", so Karl Klausel.

Böse Zungen mögen behaupten, dass sich das von der Firma Klausels angebotene Extremis-Mus nicht von herkömmlichem Pflaumenmus unterscheidet, doch dem ist nicht so. Klausels Extremis-Mus ist weit mehr als Pflaumenmus. Die Produktion ist außerordentlich mühselig und die Produzenten stehen unter ständigem Extremismusverdacht, nur weil sie Extremis-Mus herstellen. Nicht wenige Betriebe - auch echte Traditionsunternehmen - haben wegen der Extremismusvorwürfe beträchtliche Produktivitäts- und Absatzeinbrüche zu verzeichnen. Mit Hilfe der Kampagne "Extremis-Mus - Sächsisch. Bitter. Geschmacklos" hofft der kleine Betrieb aber wieder in die Gewinnzone zu kommen. Einen Teil der Einnahmen aus dem Verkauf des Extremis-Mus will der kleine Betrieb sogar nach Angaben des Geschäftsführers Karl Klausel anderen Geschädigten der staatlichen Extremismus-Initiative zur Verfügung stellen.

Für so viel Unerschrockenheit und unermüdlichen Einsatz haben Karl Klausel und der gesamte Betrieb

einige Anerkennung verdient. Angesichts so schwieriger Umstände aber den Humor nicht zu verlieren und auf so innovative Weise die Extremismusklausel zu kritisieren, ist wahrlich bemerkenswert! In diesem Sinne hat sich die Firma Klausels die Nominierung für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie redlich verdient!

\* Rupert von Plottnitz ist Vorsitzender der Sebastian Cobler Stiftung und sitzt in der Jury des Sächsischen Förderpreises für Demokratie.

## **Erster Verein plant Klage gegen Demokratieerklärung**

*Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna will das umstrittene Dokument anfechten*

**Freie Presse online 04.11.2011 dapd**

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Erster-Verein-plant-Klage-gegen-Demokratieerklarung-artikel7807625.php>

Dresden (dapd-lsc). Erstmals will ein sächsischer Verein gegen die umstrittene Demokratieerklärung zur Gewährung von Fördergeld vor Gericht ziehen. Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna (Akubiz) wolle ab Dezember gegen die Erklärung zu klagen, sagte der Akubiz-Vorsitzende Steffen Richter der Nachrichtenagentur dapd. Die Bundes-SPD begrüßte den Vorstoß gegen die Erklärung, die in Sachsen auf Basis einer Regelung des Bundesfamilienministeriums vor einem Jahr eingeführt worden war.

Der linksgerichtete Verein hatte laut Richter im Juni beim Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Widerspruch gegen die Unterzeichnung der Erklärung eingelegt mit dem Ziel, ohne Unterschrift unter die Erklärung die diesjährigen Fördermittel trotzdem zu bekommen. "Ich erwarte aber kaum, dass der Landkreis unseren Widerspruch bewilligt. Deswegen planen wir, sobald es formal möglich ist, ab Dezember, gegen die Klausel zu klagen", sagte Richter.

Die Erklärung ist bundesweit heftig umstritten. Vereine wie der Akubiz sehen sich dem Generalverdacht ausgesetzt, ein fragwürdiges Verhältnis zur Demokratie zu haben. Der Akubiz lehnt die Erklärung daher strikt ab. Die Landesregierung hatte die Erklärung zunächst nur von Vereinen verlangt, die für ihre Arbeit Geld aus dem Förderprogramm "Weltoffenes Sachsen" beantragten. Das Programm fördert Projekte, die sich vorrangig gegen Rechtsradikalismus richten und die Demokratie stärken. Inzwischen fordert der Freistaat die Erklärung für sechs Förderrichtlinien.

Der Juristische Dienst des Landtags äußerte vor drei Wochen in einem Gutachten Zweifel an der Zulässigkeit der Erklärung. Es gebe keinen Grund, zwischen Antragstellern verschiedener Förderprogramme zu unterscheiden, heißt es in einem Gutachten. Die Erklärung verstoße daher gegen das Gleichstellungsgebot. Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis äußerte in einem Auftragsgutachten für Vereine ebenfalls verfassungsrechtliche Bedenken. "Die Gutachten haben aber bisher nichts gebracht, deswegen scheint es leider nur über eine Klage zu gehen", sagt Richter.

Die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe, Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, bezeichnete die Erklärung als rechtlich fragwürdig. Die Erklärung sei unverhältnismäßig und schaffe daher Rechtsunsicherheit, kritisierte Kolbe. Sie könne dem Verein daher zum Gang vors Gericht nur ermutigen.

Das für die Erklärung zuständige Innenministerium reagierte gelassen. Jedem Bürger und Verein stehe der Rechtsweg offen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Für Aufsehen gesorgt hatte der Akubiz schon vor einem Jahr. Damals lehnte der Verein den vom Freistaat geförderten sächsischen Demokratiepreis ab, der mit 10.000 Euro dotiert war. Grund war die gerade eingeführte Demokratieerklärung.

Der Freistaat hat sich aus der Preisverleihung inzwischen zurückgezogen und einen eigenen Bürgerpreis ins Leben gerufen. Der sächsische Demokratiepreis soll der Berliner Amadeu Antonio Stiftung zufolge am 9. November im Deutschen Hygiene-Museum Dresden verliehen werden.

Nominiert sind laut Homepage der Stiftung zehn Vereine: "AG Asylsuchende Pirna", "AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus" in Dresden, "Augen auf" aus Zittau/Löbau, das "Bunte Bürgerforum Limbach-Oberfrohna", das "Bündnis für Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region", "Chronik.LE" in Leipzig, die Löbauer Firma Klausels, die Initiative "Bunter Schall als Widerhall" aus Vierkirchen, der "RAA Hoyerswerda/Ostsachsen" sowie "Sprungbrett und der InitiatorInnenkreis des Riesaer Appells".